

Allerthal-Werke AG

Allerthal-Werke AG - Friesenstraße 50 - 50670 Köln

<http://www.allerthal.de/>

Organe der Allerthal-Werke AG

Vorstand

Alfred Schneider

Aufsichtsrat

Markus Linnerz, Bonn, Rechtsanwalt
(Vorsitzender)

Karl-Heinz Berchter, Düsseldorf, Unternehmensberater
(Stellv. Vorsitzender)

Rolf Hauschildt, Düsseldorf, Kaufmann
(Mitglied des Aufsichtsrats)

Bericht des Aufsichtsrats der Allerthal-Werke AG für das Geschäftsjahr vom 01.01.2013 bis 31.12.2013

Der Aufsichtsrat hat auch im Geschäftsjahr 2013 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten und die Geschäftsführung der Gesellschaft überwacht. In alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen war der Aufsichtsrat unmittelbar eingebunden. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat in schriftlichen und mündlichen Berichten regelmäßig, zeitnah und umfassend über die relevant erscheinenden Fragen der Unternehmensplanung und strategischen Weiterentwicklung, über den Gang der Geschäfte, die Lage des Unternehmens einschließlich der Risikolage sowie über das Risikomanagement.

Im Geschäftsjahr 2013 haben Sitzungen des Aufsichtsrats stattgefunden am 19.03.2013, am 13.06.2013, am 19.07.2013 und am 09.12.2013. In diesen Sitzungen und in mehreren schriftlichen Verfahren fasste der Aufsichtsrat die gebotenen Beschlüsse. Des Weiteren haben sich die Mitglieder des Aufsichtsrats bei weiteren Zusammenkünften und Einzelgesprächen mit dem Vorstand eingehend über die Situation des Unternehmens sowie über grundsätzliche Einzelfragen berichten lassen und hierüber mit dem Vorstand beraten.

Der vom Vorstand zeitnah vorgelegte Jahresabschluss zum 31.12.2013 wurde unter Einbeziehung der Buchführung sowie des Lageberichts des Vorstands auf der Grundlage des Beschlusses der Hauptversammlung vom 19.07.2013 von der Formhals Revisions- und Treuhandgesellschaft mbH geprüft. Der Abschlussprüfer hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Prüfbericht wurde den Mitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig vor der bilanzfeststellenden Aufsichtsratssitzung von dem Abschlussprüfer zugesandt und war in der Sitzung des Aufsichtsrats vom 21.03.2014 Gegenstand der Beratungen, an denen der Abschlussprüfer teilgenommen und über wesentliche Ergebnisse der Prüfungen berichtet sowie Fragen des Aufsichtsrats beantwortet hat.

Auf der Basis eigener Prüfungen des Jahresabschlusses und des Lageberichts hat der Aufsichtsrat der Allerthal-Werke AG dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer zugestimmt und in der Sitzung vom 21.03.2014 den Jahresabschluss zum 31.12.2013 gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Die Zusammensetzung des in der Hauptversammlung am 29.10.2012 gewählten Aufsichtsrats war im Berichtsjahr unverändert. Der Bericht des Aufsichtsrats nimmt an dieser Stelle Bezug auf die Angaben im handelsrechtlichen Anhang des Jahresabschlusses 2013, dort Ziffer 6.

Alleiniger Vorstand der Allerthal-Werke AG war im Berichtsjahr Herr Alfred Schneider. Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand für seinen unverändert intensiven Einsatz für das Unternehmen und die Führung der Allerthal-Werke AG im Geschäftsjahr 2013.



Köln, den 21.03.2014

(Markus Linnerz)
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Allerthal-Werke AG

Jahresabschluss und Lagebericht der Allerthal-Werke AG, Köln für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 – 31. Dezember 2013

Lagebericht des Vorstands 2013

1. Finanzwirtschaftliches Umfeld

Mit Blick auf die Entwicklung der Kapitalmärkte 2013 könnte man glauben, dass es ein relativ ereignisloses und – aus Investorensicht – einfaches Jahr war. Doch weit gefehlt: Eine Fülle von (geld-) politischen Ereignissen und Entscheidungen dominierten die Tagesabläufe der Marktteilnehmer.

Den Anfang machte im Januar und April, mit der Bekanntgabe der lange erwarteten Details ihrer neuen Ausrichtung der Geldpolitik, die japanische Notenbank (BoJ). Japan betreibt seitdem nahezu ohne zeitliche und volumenstechnische Beschränkung die relativ ausgeprägteste geldpolitische Lockerung der bedeutenden Industrieländer und versucht gleichzeitig über ein massives Konjunkturprogramm seine inländische und exportlastige Wirtschaft zu stimulieren. Damit hat nun neben dem Quantitative Easing-Programm der US-Notenbank (Fed) und den unkonventionellen Rettungs- und Stützungsmaßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) die dritte bedeutende Zentralbank ein außergewöhnliches geldpolitisches Stimulusprogramm gestartet.

In Europa verlief der Jahresauftakt im Vergleich dazu etwas ruhiger: Die Ankündigung mehrerer europäischer Banken, ca. 137 Mrd. Euro aus den sogenannten LTRO-Hilfsprogrammen („Long Term Refinancing Operations“) der EZB zurückzuzahlen, sorgte positiv für Aufsehen. Dies änderte sich im weiteren Verlauf des ersten Quartals allerdings umso stärker:

Im Februar stufte die Ratingagentur Moody's Großbritannien herab, entzog dem Land damit die Bestnote für seine Kreditwürdigkeit (nach Frankreich und den USA in 2012) und erinnerte die Märkte daran, dass auch außerhalb der Eurozone ähnliche Probleme wie hohe Verschuldung und eine stagnierende Konjunktur existent sind. In Italien fanden die ersten Wahlen seit der Implementierung von Mario Monti als Premierminister statt. Das Ergebnis dieser Parlamentswahl hätte kaum schlimmer ausfallen können. Es führte aufgrund der extrem unterschiedlichen Vorstellungen der Parteien zu einer bis heute instabilen Regierung und zu einer Abstufung durch die Ratingagentur Fitch auf nunmehr nur noch BBB+ mit negativem Ausblick.

Nachdem Zypern bereits im Jahr 2012 EU-Hilfen beantragt hatte, kam es im März bei den Verhandlungen bezüglich der Bedingungen für die Auszahlung der Hilfgelder zu einem Eklat: Nachdem die Troika sowie verschiedene EU-Staaten eine Beteiligung der Gläubiger der Staatsanleihen über einen Schuldenschnitt und die Beteiligung von Kleinsparern über ihre Bankeinlagen gefordert hatten, eskalierte die Situation. Für zusätzliche Brisanz sorgten die Annahmen über die Herkunft des größten Teils des angelegten Vermögens in Verbindung mit der relativ steuerfreundlichen Struktur des zyprischen Bankensystems. Es kam zu Demonstrationen, das zyprische Parlament lehnte das vorgeschlagene Rettungspaket einstimmig ab. Als Folge wurde erstmalig in einem Land der EU Kapitalverkehrsbeschränkungen eingeführt, das Bankensystem für eine Woche geschlossen und Einlagenbesitzer teilweise enteignet.

Selbst die katastrophalen Arbeitsmarktdaten – vor allem die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien, Italien und Griechenland – gerieten unter diesen Umständen kurzzeitig aus dem Fokus. Ebenso wurden die

sich immer weiter verschlechternden Bedingungen in Frankreich, wie das Verfehlen der neuen Defizitgrenze, Rekordarbeitslosigkeit, schrumpfende Wirtschaft und die massiv schwindende Unterstützung des Präsidenten, kaum am Markt gewürdigt. Zu sehr dominierte das Thema Zypern.

Der seit Ende 2012 befürchtete Sturz von der sogenannten „Fiskalklippe“ in den USA und die damit automatische erzeugten Steuererhöhungen und Budgetkürzungen wurde Anfang des Jahres, ebenso wie die Diskussion um die erneut erreichte Schuldenobergrenze verschoben. Lediglich abgeschwächte Budgetkürzungen traten Anfang März in Kraft.

Gegen Ende des zweiten Quartals kam die Unsicherheit an die Märkte zurück: Nachdem es bis Mitte Mai aus den USA nahezu keine erwähnenswerten Nachrichten zu vermelden gab, „verursachte“ wieder einmal der Vorsitzende der US-Notenbank Fed Ben Bernanke am 22. Mai sowie am 19. Juni signifikante Marktbewegungen. Letztendlich wurden seine Äußerungen (in deren Zusammenhang der Begriff des „Tapering“ geprägt wurde) von den Marktteilnehmern als der Beginn des Ausstieges aus der ultralockeren Geldpolitik und als potentielles Ende des nunmehr über 30 Jahre andauernden Zyklus fallender Zinsen, interpretiert. Jede Konjunkturnachricht wurde in der Folge mit Argusaugen beobachtet und mit auf den ersten Blick manchmal paradoxen Reaktionen begleitet. Schlechte Nachrichten wurden gefeiert, da die Hoffnung auf eine Beibehaltung des aktuellen Kurses stieg, während insbesondere gute Arbeitsmarktdaten eher mit Sorgen vor der angekündigten geldpolitischen Straffung kommentiert wurden.

Zusätzlich sorgten die schlechter als erwartet ausfallenden Konjunkturdaten und die restriktivere Geldpolitik in China für Verunsicherung und führten zu starken Verkäufen bei Schwellenländeranleihen und -aktien sowie bei den Hauptwährungen der Emerging Markets wie beispielsweise Brasilianischer Real, Indische Rupie und Türkische Lira.

In Europa schienen sich die politischen Ereignisse die Waage zu halten, wenn sie genauer betrachtet jedoch nahezu durchweg negativ zu interpretieren waren. Beispielhaft hierfür sind: Portugals Oberster Gerichtshof lehnte Teile des Sparhaushaltes ab und verursacht damit vermutlich weitere Einsparungen in „bevölkerungsnahen“ Bereichen. In Italien konnte sich nach langem Tauziehen eine Regierung bilden, jedoch wurden auch hier mit der EU vereinbarte Sparziele sofort in Frage gestellt. Auch die Ratingagenturen waren nicht untätig: Während Slowenien von Moody's auf „Ramsch“ mit negativem Ausblick abgestuft wurde, stufte die Agentur Fitch Griechenland von CCC auf B- herauf, mit stabilem Ausblick.

„Kommando zurück“ war das Motto im dritten Quartal. Nachdem die US-Notenbank die Kapitalmärkte nun nahezu vier Monate auf eine Reduzierung ihrer ultralockeren Geldpolitik vorbereitet hatte, sorgte die Ankündigung, dies nun doch nicht zu tun, für Erleichterung. Kaum hatten die Märkte erkannt, dass der Kurswechsel in der Geldpolitik (zunächst) ausbleibt, wurden sie mit zwei weiteren Problemfeldern konfrontiert: Zum einen führte der stagnierende Budgetstreit in der US-Regierung Ende September zu einer zwangsweisen Lahmlegung der Verwaltung und gleichzeitig drohte den USA Mitte Oktober aufgrund der erreichten Schuldenobergrenze zum zweiten Mal in diesem Jahr die Zahlungsunfähigkeit. Die Insolvenz der Stadt Detroit Mitte Juni sorgte nur kurzfristig in den speziellen Anleihemärkten für Kommunalanleihen in den USA für Verunsicherung und ging neben den oben genannten Punkten nahezu vollständig unter.

In Europa kehrte temporär Ruhe ein. Der Mangel an makroökonomischen Nachrichten und die tendenziell etwas besser ausgefallenen Konjunkturdaten (z.B. fallende Lohnstückkosten in Spanien) führten zu einer abnehmenden Risikoaversion und einem positiven Kapitalmarktumfeld. Auch die weiter rückläufige Bilanzsumme der Europäischen Zentralbank (EZB) wurde positiv interpretiert. Gegen Ende des Quartals sorgte Silvio Berlusconi in Italien kurzzeitig für Verunsicherung, die sich jedoch nach seinem Einlenken rasch wieder legte. Die Ergebnisse der Bundestagswahl in Deutschland waren zum Teil zwar etwas überraschend, jedoch führte die relativ hohe Wahrscheinlichkeit einer weiter bestehenden bürgerlichen Regierung zu keiner relevanten Marktreaktion.

Im vierten Quartal verstetigte sich die Entwicklung und es gab kaum noch global marktbeeinflussende Ereignisse. In Europa und auch den USA manifestierte sich die neu gewonnene Zuversicht bezüglich der weiteren konjunkturellen Erholung in weiter steigenden (Aktien-)Kursen. Ebenso einigten sich US-

Kongress und Senat und verschoben die Diskussion über Schuldengrenze und Haushaltsbudget ins Jahr 2014. Überraschend – und auch in Folge durchaus kritisiert – nahm die EZB im November noch eine Leitzinssenkung auf nunmehr 0,25% vor und begründete dies mit dem schwachen Preisauftrieb im Euroraum.

Letztendlich kam es dann doch, das „Tapering“ in den USA, wenn auch eher mit symbolischem Charakter. Am 18.12. gab die Fed in ihrer letzten Sitzung des Jahres eine Senkung des monatlichen Ankaufvolumens von 85 Mrd. USD auf 75 Mrd. USD bekannt. Die Marktreaktionen darauf waren jedoch marginaler Natur. Dafür sorgte wohl auch das gleichzeitige Betonen des mittelfristigen Festhaltens an der „Null-Zins-Politik“ der Nachfolgerin Janet Yellen für den scheidenden US-Notenbankpräsidenten Ben Bernanke.

Die Staatsanleihemärkte in Europa und den USA bewegten sich zunächst per Saldo seitwärts. In Deutschland wurden sogar die Renditetiefs von Mitte des Jahres 2012 wieder erreicht. Dies galt trotz der geschilderten Situation auch für die Peripheriemärkte wie beispielsweise Italien, Spanien und Frankreich. Dank des „Draghi-Puts“ konnten auch annähernd alle Anleiheauktionen erfolgreich platziert werden.

Dies änderte sich Anfang Mai schlagartig. Den restriktiveren Äußerungen der Fed und der eigentlich positiven Leitzinssenkung der EZB folgte eine relativ starke Abwärtsbewegung. So stiegen die jeweiligen 10-jährigen Referenzrenditen in den USA und Deutschland von 1,6% auf 2,6% respektive von 1% auf 1,5%. Analog zu den Staatsanleihen gab es auch bei den Unternehmensanleihen einen starken Verkaufsdruck.

Besonders stark traf es jedoch die Emerging Markets. Hier verloren vor allem die Anleihen der Staaten mit hohen Leistungsbilanzdefiziten wie beispielsweise Indien, Brasilien, Indonesien und die Türkei zweistellig an Wert.

Im weiteren Jahresverlauf entspannte sich die Situation dann wieder. Die Diskussionen jenseits des Atlantiks um die US-Schuldengrenze, die Stilllegung der US-Regierung sowie die Signale der Notenbanken sorgten für Schwankungen, schienen aber die Marktteilnehmer nicht nachhaltig zu beunruhigen.

(Quelle: DO Investment AG, RM Special Situations Total Return I A; Bericht der Verwaltungsgesellschaft)

2. Entwicklung der Finanzmärkte und ausgewählter Aktienindizes

Mit einem deutlichen Plus von 25,5% konnte sich der deutsche Leitindex (Dax) in diesem Umfeld gut entwickeln und hat ein weiteres überdurchschnittlich erfolgreiches Jahresergebnis verbucht. Die Small- und Midcap-Indizes konnten diese Entwicklung sogar noch übertreffen und gingen mit einem Zuwachs von 39,1% für den MDax bzw. 29,3% für den SDax aus dem Handel. Spitzenreiter war in 2013 der TecDax, der stolze 40,9% zulegen konnte.

Die weltweiten Aktienmärkte haben sich in diesem Umfeld ebenfalls gut entwickelt. Stellvertretend sei an dieser Stelle der MSCI World genannt, der in lokaler Währung errechnet um 24,1% angestiegen ist. Etwas schwächer aber ebenfalls mit einer überdurchschnittlichen Performance entwickelten sich die europäischen Indizes. Der prominente EuroStoxx 50 verbesserte sich um 17,9%. Der Dow Jones Industrial konnte im Vergleich hierzu 26,5% zulegen.

Herausragend war im Jahre 2013 die Entwicklung des Nikkei 225. In lokaler Währung stand eine außergewöhnliche Jahresperformance von 56,7% zu Buche.

Im Einzelnen schlossen ausgewählte Indizes im Jahr 2013 wie folgt ab:

	in lokaler Währung	in Euro umgerechnet
Dax	25,5%	25,5%
MDax	39,1%	39,1%
SDax	29,3%	29,3%
TecDax	40,9%	40,9%
EuroStoxx 50	17,9%	17,9%
MSCI World	24,1%	18,7%
Dow Jones Industrial	26,5%	21,0%
S&P 500	29,6%	24,0%
Nasdaq Composite	38,3%	32,3%
Nikkei 225	56,7%	23,4%

Nicht nur bei Investitionen in Japan galt es auch im abgelaufenen Geschäftsjahr jedoch die Währungsseite zu beachten. Der Euro hat ab dem zweiten Quartal nahezu kontinuierlich gegenüber allen „Fluchtwährungen“ aufgewertet. Auf Jahressicht gewann er z.B. gegenüber der Norwegischen Krone 14%, dem Singapur-Dollar 8% und dem Australischen Dollar 21%. Die größten Bewegungen fanden jedoch im Japanischen Yen (aufgrund der oben beschriebenen Geldpolitik der Bank of Japan -27% versus Euro) und in den Währungen der großen Emerging Markets statt. Diese litten unter massiven Kapitalabflüssen, verursacht durch politische Unruhen und die Sorge um zu hohe Leistungsbilanzdefizite. Der Brasilianische Real verlor beispielsweise 20%, die Indische Rupie 18% und die Türkische Lira 26% gegenüber dem Euro.

Rohstoffanleger hatten im Jahr 2013 per Saldo kein gutes Jahr. Trotz teilweise recht unterschiedlicher Bewegungen pro Quartal, schlossen fast alle Teilsektoren in deutlich negativem Terrain.

Besonders negativ fielen die Verluste bei den Edelmetallen Gold und Silber aus. Nachdem insbesondere Gold seit über 10 Jahren nahezu kontinuierlich gestiegen war, gab es zum Anfang und zum Ende des zweiten Quartals deutliche Verluste. Hauptgrund hierfür waren die massiven Abflüsse aus Gold ETFs. Dies konnten nicht durch die nach wie vor hohe Nachfrage nach physischem Gold von Seiten der Retailkunden, auch insbesondere in den Emerging Markets, kompensiert werden.

3. Geschäftsentwicklung

Das Geschäftsjahr 2013 war gekennzeichnet von der positiven Kursentwicklung am deutschen Aktienmarkt. Davon hat die Allerthal-Werke AG ergebnisseitig 2013 stark profitiert.

Im Rahmen des langfristig orientierten Managements des Beteiligungsportfolios konnten im Berichtsjahr saldiert Erträge aus Wertpapierverkäufen in Höhe von TEUR 1.952 (Vorjahr TEUR 1.016) realisiert werden. Sie resultieren fast ausschließlich aus Verkäufen von Wertpapieren des Anlagevermögens und Verkäufen von Wertpapieren des Umlaufvermögens. Hierbei wurden Transaktionen mit Gewinn in Höhe von TEUR 2.044 (Vorjahr TEUR 1.021) und Transaktionen mit Verlust in Höhe von TEUR 92 (Vorjahr TEUR 5) abgeschlossen.

Der Abschreibungsbedarf auf den Wertpapierbestand des Finanzanlage- und des Umlaufvermögens in Höhe von TEUR 170 (Vorjahr TEUR 207) fiel im Geschäftsjahr 2013 noch einmal geringer aus. Die vor-

zunehmenden Zuschreibungen trugen mit TEUR 471 (Vorjahr TEUR 1.153) zum positiven Ergebnis bei. Den Schwerpunkt des Ergebnisbeitrages lieferten im Berichtsjahr eindeutig die realisierten Geschäfte.

Erträge aus Nachbesserungen aufgrund von abgeschlossenen Spruchverfahren konnten im Berichtsjahr erneut wieder nur in marginaler Höhe vereinnahmt werden. Das Nachbesserungsvolumen hat sich im Jahr 2013 per Saldo auf TEUR 42.425 erhöht. Zwei Abgängen mit einem Volumen von insgesamt TEUR 769 standen Zugänge im Jahr 2013 von insgesamt TEUR 4.049 gegenüber.

Erstmalig hat die Allerthal-Werke AG im Berichtsjahr sekundäre Nachbesserungsrechte erworben. Diese repräsentieren ein Nachbesserungsvolumen von TEUR 2.588. Die Anschaffungskosten in Höhe von TEUR 74 wurden unter der Position „Sonstige Wertpapiere“ aktiviert.

Das Nachbesserungsvolumen wird dabei abgebildet durch das Produkt aus der von der Strukturmaßnahme betroffenen Anzahl von Aktien und der vom Hauptgesellschafter zunächst à-conto gewährten Abfindung. Bei Verschmelzungen tritt an die Stelle des vom Hauptgesellschafter gewährten Preises der letzte verfügbare Börsenkurs. Aus diesen Nachbesserungsrechten erwartet die Allerthal-Werke AG in Zukunft wesentliche Ergebnisbeiträge.

4. Ertragslage

Die Allerthal-Werke AG hat im Geschäftsjahr 2013 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 2.034 (Vorjahr TEUR 1.443) erzielt. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit stellt sich dabei auf TEUR 2.034 (Vorjahr TEUR 1.443).

Ertragsseitig ist die Gewinn- und Verlustrechnung des Berichtsjahres geprägt durch saldierte Erträge aus Wertpapierverkäufen von TEUR 1.952 (nach TEUR 1.016 im Jahre 2012) sowie durch sonstige betriebliche Erträge von TEUR 529 (nach TEUR 1.245 im Jahre 2012).

Die G+V-Position „Erträge aus Wertpapierverkäufen“ in Höhe von TEUR 2.044 setzt sich wesentlich zusammen aus Gewinnen aus dem Verkauf von Wertpapieren des Anlagevermögens von TEUR 1.753 und Gewinnen aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens von TEUR 283.

Die G+V-Position „Aufwendungen aus Wertpapierverkäufen“ speist sich ausschließlich aus Verkäufen mit Verlust von Wertpapieren des Anlagevermögens. In der G+V Position „Sonstige betriebliche Erträge“ wurden in Erfüllung der gesetzlichen Norm des § 253 Abs. 5 HGB insgesamt TEUR 471 (TEUR 1.153) auf in Vorjahren gebildete Abschreibungen im Wertpapierbestand wertaufgeholt.

Der Personalaufwand reduzierte sich von TEUR 427 auf TEUR 361. Entlastend wirkte die Reduzierung um einen Mitarbeiter sowie der Wegfall von personalaufwandswirksamen Zuführungen zur Pensionsrückstellung. Gegenläufig wirkte die Erhöhung der Rückstellung für erfolgsabhängige Vergütungen aufgrund des im Vergleich zum Vorjahr besseren Geschäftsergebnisses. Wegen der individualisierten Angabe der Bezüge des Vorstands wird auf den Anhang verwiesen.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen im Geschäftsjahr 2013 TEUR 282 (Vorjahr TEUR 429) und haben sich somit deutlich reduziert. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf die noch im Vorjahr zu entrichtende Gebühr für einen in 2012 ausgelaufenen Kooperations- und Poolvertrag zurückzuführen.

Im Berichtsjahr mussten „Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens“ in Höhe von TEUR 170 (Vorjahr TEUR 207) vorgenommen werden, diese entfielen mit TEUR 167 (Vorjahr TEUR 168) überwiegend auf das Anlagevermögen.

Auf der Zinsseite stehen Erträgen in Höhe von TEUR 96 (TEUR 32) Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 81 (TEUR 115) gegenüber. Die Zinsaufwendungen betreffen im Wesentlichen die Kosten der

Finanzierung des Finanzanlagevermögens und werden in der Position „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Im Berichtsjahr wurden auf die Wertpapiere des Anlagevermögens Dividenden in Höhe von TEUR 355 (TEUR 334) vereinnahmt. Diese sind in der Position „Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihung des Finanzanlagevermögens“ ausgewiesen.

5. Vermögenslage und Kapitalstruktur

Die Allerthal-Werke AG weist zum Bilanzstichtag einen zu Anschaffungskosten oder niedrigeren Kurswerten des Bilanzstichtages (unter Beachtung der Zuschreibungserfordernisse des § 253 Abs. 5 HGB) bewerteten Wertpapierbestand im Anlagevermögen von insgesamt TEUR 13.620 (Vorjahr TEUR 10.981) aus.

Eine Aufteilung innerhalb des Anlagevermögens erfährt der Wertpapierbestand der Allerthal-Werke AG durch die Zuordnung von Wertpapieren in die Position „Beteiligungen“ oder die Zuordnung unter die Position „Wertpapiere des Anlagevermögens“. In der Position „Beteiligungen“ wird die Beteiligung an der RM Rheiner Management AG ausgewiesen. Die Beteiligung an der RM Rheiner Fondkonzept GmbH wurde im Berichtsjahr veräußert.

Die Position „Sonstige Vermögensgegenstände“ weist im Wesentlichen Körperschaftsteuererstattungsansprüche aus.

Im Umlaufvermögen stellt sich die Position Wertpapiere auf TEUR 3.036 (Vorjahr TEUR 3.274).

Das ausgewiesene Eigenkapital der Gesellschaft beträgt TEUR 12.770 (Vorjahr TEUR 11.336). Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich im Berichtsjahr um den Jahresüberschuss. Gegenläufig war hierzu die Ausschüttung der Dividende. Die bilanzielle Eigenkapitalquote stellt sich zum Jahresultimo 2013 auf 75,11% (Vorjahr 72,76%). Die Nettofinanzposition gegenüber Banken erhöhte sich zum Vorjahr von TEUR ./ 2.212 auf TEUR ./ 3.446.

Die Allerthal-Werke AG verfügt noch bis zum 24. Juni 2014 befristet über ein genehmigtes Kapital in Höhe von € 444.972,00. Ferner besteht ein bedingtes Kapital in Höhe von € 548.324, das von der Hauptversammlung 2007 genehmigt wurde. Auf dieses bedingte Kapital bezieht sich die Ausgabe von Optionsscheinen im Jahr 2008. Der Vorstand hat am 12. Oktober 2010 beschlossen, den Inhabern dieser Optionsscheine entsprechend der Ermächtigung durch die Hauptversammlung der Allerthal-Werke AG vom 28. Juni 2010 eine Laufzeitverlängerung über den 15. September 2011 hinaus um drei weitere Jahre bis zum 15. September 2014 anzubieten. Der Aufsichtsrat der Allerthal-Werke AG hat seine Zustimmung hierzu am 12. Oktober 2010 erteilt. Damit verlängert sich die Optionsfrist der Optionsscheine nach dem 15. September 2011 um drei weitere Jahre bis zum 15. September 2014.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr war die Allerthal-Werke AG zu jedem Zeitpunkt in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts hat sich die wirtschaftliche Lage des Unternehmens nicht wesentlich verändert.

6. Risiken und Risikomanagementsystem der Allerthal-Werke AG

a) Beschreibung

Die Volatilität der Aktienmärkte führt dazu, dass die Risiko- und Chancenpolitik der Gesellschaft insbesondere auf die Erreichung bzw. Absicherung eines nachhaltigen Vermögenswachstums ausgerichtet ist. Frühzeitige Reaktionen auf die sich verändernden Marktbedingungen sind hierbei erforderlich. Die Allerthal-Werke AG hat deshalb ein Risiko- und Chancenmanagementsystem installiert, das sie in die Lage versetzt, die sich aus den Märkten heraus ergebenden Chancen und Risiken zu identifizieren bzw. zu antizipieren. Unter anderem ermöglicht ein Realtime-Informationssystem dem Vorstand der Gesellschaft, schnell und effektiv Entscheidungen im Portfolio umzusetzen. Der Reportingprozess sieht vor, das Portfolio in Risiko- bzw. Chancenkategorien einzuteilen und mit einer Einschätzung des wahrscheinlichen Eintritts zu gewichten. Das System basiert auf der Sichtung öffentlich zugänglicher Informationsmedien, wie Unternehmensberichten, Bundesanzeiger, Fachzeitschriften und dem Internet. Außerdem wird das System ergänzt durch die enge Zusammenarbeit mit externen Kapitalmarktexperten in den Banken und regelmäßigen Besuchen von Unternehmen und Hauptversammlungen.

b) Kreditrisiko

Die Gesellschaft erwirbt Wertpapiere sowohl durch den Einsatz ihrer Eigenmittel als auch durch die Aufnahme von kurzfristig fälligen Bankkrediten. Der in der Bilanz zum 31.12.2013 ausgewiesene Saldo gegenüber Kreditinstituten beträgt TEUR ./ 3.446.

Bei der Kreditinanspruchnahme wird darauf geachtet, dass der Kreditsaldo aktivisch durch Beteiligungen an Gesellschaften unterlegt ist, bei denen Strukturmaßnahmen durchgeführt, angekündigt oder erwartet werden. Dies soll im Ergebnis dazu führen, dass auch bei großen und lang andauernden Kursrückgängen an der Börse derart kreditfinanzierte Beteiligungen aufgrund ihres überschaubaren Kursrisikos ein stabilisierendes Element im Gesamtportfolio der Allerthal-Werke AG darstellen.

c) Finanzinstrumente

Zum Bilanzstichtag 31.12.2013 hält die Gesellschaft keine derivativen Finanzinstrumente. Im Berichtsjahr wurden keine Geschäfte in Derivaten getätigt.

d) Transaktionsrisiko

Die Kreditkrise hat auch dazu geführt, dass Finanzierungen von Unternehmensübernahmen schwieriger darstellbar sind als noch vor Beginn der Finanzkrise in 2007. Dies trifft insbesondere auf die Aktivitäten von Private Equity-Gesellschaften zu, die Unternehmensübernahmen in der Regel mit einem hohen Fremdkapitalanteil finanziert haben. Dadurch könnte sich für die Allerthal-Werke AG die Situation ergeben, dass in ihrem bevorzugtem Investmentsprengel, nämlich Unternehmen, welche sich in Sondersituationen befinden, die Anzahl von Investmentgelegenheiten deutlich zurückgeht. Im abgelaufenen Geschäftsjahr bestand dieser Mangel nicht.

e) Schuldnerisiko

Bei umgesetzten bzw. abgeschlossenen Strukturmaßnahmen schulden die Hauptgesellschafter Abfindung, ggf. Ausgleich und Nachbesserung (Abfindungsergänzungsansprüche). Wegen der Dauer von Überprüfungsverfahren im Anschluss an Strukturmaßnahmen sind Minderheitsgesellschafter regelmäßig über längere Zeiträume einem Schuldnerisiko ausgesetzt. Für die Allerthal-Werke AG bestehen im Falle von Abfindungsergänzungsansprüchen in der Regel keine bilanziellen Risiken, da die Gesellschaft bis zum Jahr 2012 ausschließlich über primäre Nachbesserungsrechte verfügte, welche lediglich mit einem Erinnerungswert aktiviert werden. Im Berichtsjahr wurde erstmalig eine Position se-

kundärer Nachbesserungsrechte erworben. Der Buchwert beträgt TEUR 74 (3. Geschäftsentwicklung, vorletzter Absatz).

Im Zeitraum zwischen der Ankündigung und dem Vollzug von Strukturmaßnahmen sind sämtliche Schuldnerisiken schlagend. Hierzu zählt die Allerthal-Werke AG auch das Scheitern (passiv) bzw. den Abbruch (aktiv) von Strukturmaßnahmen.

f) Personenrisiko

Seit dem 01.01.2008 wird die Gesellschaft von einem einzigen Vorstandsmitglied geführt. Ferner verfügt die Gesellschaft ab 01.01.2013 nur noch über einen Mitarbeiter mit den erforderlichen Fachkenntnissen. Der Verlust der Dienste des einzigen Vorstands und/oder des Mitarbeiters könnte sich negativ auf die Geschäftsentwicklung und auf das Ergebnis der Allerthal-Werke AG auswirken. Dies bezieht sich gleichermaßen auf die Fähigkeit der Allerthal-Werke AG, sämtliche gesetzlichen und regulatorischen Vorschriften einer börsennotierten Gesellschaft einhalten zu können.

g) Umweltrisiken

Nach der Veräußerung der Allerthal-Wohnungsbaugesellschaft mbH im Jahr 2010 verfügt die Gesellschaft weder unmittelbar noch mittelbar über Grundbesitz am ehemaligen Firmensitz in Grasleben. Gegenüber der Einschätzung im Lagebericht des Jahres 2010 haben sich im Geschäftsjahr 2013 keine Änderungen ergeben.

h) Prozessrisiken

Passivprozesse:

Passivprozesse sind zum Bilanzstichtag weder rechtsanhängig noch sind solche angedroht.

Aktivprozesse:

Die Gesellschaft führt als Klägerin mehrere Prozesse mit gesellschaftsrechtlichen Fragestellungen und Hintergründen. Außerdem ist sie Antragstellerin in verschiedenen gerichtlichen Verfahren zur Überprüfung der Angemessenheit von Abfindungszahlungen. Für die daraus resultierenden Kostenrisiken hat die Gesellschaft nach Rücksprache mit ihrem Rechtsbeistand nach kaufmännischem Ermessen ausreichend hohe Beträge in der Bilanz reserviert.

i) Steuerliche Risiken

Steuerliche Risiken können sich auf der Ebene der Gesetzgebungsstufe ergeben. Die Risiken könnten sich im Hinblick auf die steuerliche Behandlung von Veräußerungsgewinnen und Dividendeneinnahmen einerseits beziehen. Hinsichtlich der Einnahmen aus Streubesitzdividenden hat es im Berichtsjahr eine steuerliche Änderung gegeben. Diese sind seit dem 01.03.2013 steuerpflichtig. Andererseits könnten die Nutzung bzw. Bildung steuerlicher Verlustvorträge betroffen sein.

Steuerliche Betriebsprüfungen können ähnliche Sachverhalte unterschiedlich beurteilen. Bei der letzten Betriebsprüfung der Gesellschaft für die Jahre 2001 bis 2005 wurde im Bereich der Ertragssteuern den steuerlichen Einschätzungen der Gesellschaft voll umfänglich gefolgt. Die Betriebsprüfung führte zu keinen Abweichungen gegenüber den von der Gesellschaft abgegebenen Steuererklärungen. Seit diesen Feststellungen haben sich nach der Überzeugung des Vorstands weder die Geschäftspolitik noch die allgemeine Aufstellung der Gesellschaft geändert.

j) Sonstige rechtliche Risiken

Auch können sich die sonstigen rechtlichen Rahmenbedingungen unserer Geschäftstätigkeit verändern. Wir begegnen solchen Veränderungen in wesentlichen Fällen durch die Einholung externen Rechtsrats, um ggf. angemessen reagieren zu können.

7. Chancen

Bei künftigen Kurssteigerungen werden stille Reserven gelegt bzw. werden Voraussetzungen geschaffen, um höhere Gewinne zu realisieren. Bei zuvor auf einen niedrigeren Börsenkurs abgeschriebenen Wertpapiere bewirken Kurssteigerungen zwingend eine Zuschreibung nach § 253 Abs. 5 HGB mit entsprechenden Auswirkungen sowohl auf die Gewinn- und Verlustrechnung sowie auf den Eigenkapitalausweis.

Zur bilanziellen Stärkung des Eigenkapitals können auch in Zukunft Erträge aus den Nachbesserungsrechten der Gesellschaft beitragen.

8. Verschiedene Pflichtangaben gemäß § 289 Abs. 2, 4 und 5 HGB

Zu § 289 Abs. 2 Nr. 5 HGB

Die Vergütung des Aufsichtsrats richtet sich gemäß Satzungsbestimmung nach einem festen Geldbetrag. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Doppelte, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache. Bei unterjährigem Beginn und Ende des Mandats berechnet sich die Vergütung zeitanteilig.

Die Vorstandsvergütung besteht aus einem fixen Grundgehalt und einer vertraglich geregelten Tantieme, die im Wesentlichen an den erzielten Jahresüberschuss anknüpft.

Zu § 289 Abs. 4 Nr. 1 HGB

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt Euro 1.200.000,00. Es ist eingeteilt in 1.200.000,00 Stückaktien. Der rechnerische Anteil einer Stückaktie am Grundkapital beträgt Euro 1,00.

Zu § 289 Abs. 4 Nr. 2 HGB

Stimmrechts- und/ oder Übertragungsbeschränkungen sind in der Satzung nicht vorgesehen. Dem Vorstand sind solche Beschränkungen von Aktionären untereinander nicht bekannt.

Zu § 289 Abs. 4 Nr. 3 HGB

Die Meldelage ist aus dem Anhang zum Jahresabschluss 2013 ersichtlich.

Zu § 289 Abs. 4 Nr. 4 HGB

Keine der ausgegebenen Aktien der Gesellschaft gewährt ein Sonderrecht.

Zu § 289 Abs. 4 Nr. 5 HGB

Es gibt keine Stimmrechtskontrolle durch Arbeitnehmer.

Zu § 289 Abs. 4 Nr. 6 HGB

Die Satzungsbestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern entsprechen den gesetzlichen Vorschriften gem. §§ 84, 85 AktG. Die Bestimmungen der Satzung, welche auf satzungsändernde Beschlüsse abzielen, entsprechen dem gesetzlichen Leitbild der §§ 133, 179 AktG.

Zu § 289 Abs. 4 Nr. 7 HGB

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 28. Juni 2010 ist der Vorstand bis zum 27.06.2015 ermächtigt, eigene Aktien bis zu 10% des Grundkapitals zu erwerben. Der Vorstand ist nach Erwerb ermächtigt, diese Aktien zu allen gesetzlich zulässigen Zwecken zu verwenden.

Die Satzungsbestimmungen, nach denen die Gesellschaft neue Aktien ausgeben kann, bedürfen sämtlich der Zustimmung durch den Aufsichtsrat.

Zu § 289 Abs. 4 Nr. 8 HGB

Vereinbarungen der Gesellschaft, die im Hinblick auf einen Kontrollwechsel getroffen worden sind, existieren nicht.

Zu § 289 Abs. 4 Nr. 9 HGB

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots wurden mit dem Mitglied des Vorstands nicht getroffen.

Zu § 289 Abs. 5 HGB

Die Geschäftsvorfälle und der Buchungsstoff werden zeitnah erfasst. Die Kontrolle der Rechnungslegung erfolgt unmittelbar und durchgängig durch den Vorstand (high-level-control).

9. Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB

Die Allerthal-Werke AG hat am 9. Dezember 2013 die folgende Erklärung gemäß § 161 AktG auf ihrer Internetseite www.allerthal.de veröffentlicht:

Erklärung gemäß § 161 AktG

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Allerthal-Werke AG erklären, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ nicht entsprochen wurde und wird. Angesichts der Größe und der Marktkapitalisierung der Gesellschaft sowie deren Ausrichtung wäre die Übernahme mit einem unangemessen hohen Aufwand verbunden. Dessen ungeachtet beachten der Vorstand und der Aufsichtsrat der Gesellschaft den im Deutschen Corporate Governance Kodex niedergelegten Standard guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung, um für den Bestand des Unternehmens und seine nachhaltige Wertschöpfung zu sorgen.

Köln, den 09.12.2013

Aufsichtsrat und Vorstand der Allerthal Werke AG

Auch im Berichtsjahr hat der Vorstand den Aufsichtsrat der Allerthal-Werke AG in schriftlichen und mündlichen Berichten regelmäßig, zeitnah und umfassend über die relevant erscheinenden Fragen der Unternehmensplanung und strategischen Weiterentwicklung, über den Gang der Geschäfte, die Lage des Unternehmens einschließlich der Risikolage sowie über das Risikomanagement informiert.

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Gesellschaft entsprechend seinen gesetzlichen und satzungsgemäßen Aufgaben überwacht und den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten.

Ausschüsse hat die Allerthal-Werke AG im Berichtsjahr weder im Aufsichtsrat noch im Vorstand gebildet, da der Aufsichtsrat nur aus drei Mitgliedern und der Vorstand nur aus einer Person besteht.

10. Aussichten für die Geschäftsjahre 2014 und 2015

Beteiligungsunternehmen wie die Allerthal-Werke AG, welche nach HGB bilanzieren, weisen erst im Zeitpunkt der Veräußerung ein realisiertes Ergebnis aus. Abschreibungen müssen jedoch zum jeweiligen Bewertungsstichtag gebildet werden. Hierzu gegenläufig sind die ebenfalls stichtagsbedingt zwingend zu bildenden Zuschreibungen gemäß § 253 Abs. 5 HGB zu sehen. Eine Ergebnisprognose abzugeben hieße, relativ genau zu wissen, wann einzelne Positionen des Anlagevermögens zu welchem Preis veräußert werden. Hiernach müsste eine Prognose über das voraussichtliche Abschreibungserfordernis bei denjenigen Positionen abgegeben werden, die mutmaßlich zum nächsten Bilanzstichtag aktiviert werden. Danach wäre spiegelbildlich das ähnlich gelagerte Prognoseproblem der Zuschreibungen zu lösen, hier mit der Erleichterung zu vorgenanntem, dass auf unterjährig erworbene Positionen Zuschreibungen im Jahr der Anschaffung niemals vorgenommen werden müssen.

Des Weiteren kann der Ausgang von Spruchverfahren auf die Ertragssituation der Allerthal-Werke AG erheblich positive Auswirkungen haben. Der zeitliche Anfall und die Höhe dieser Erträge kann von der Gesellschaft weder alleine beeinflusst noch prognostiziert werden. Prognosefelder mit abnehmendem Komplexitätsgrad sind die voraussichtliche Zinsbelastung, die voraussichtliche Höhe der Dividendenerträge sowie die Kalkulation der unabweisbaren Kosten.

Bei konsequenter Umsetzung der bisherigen Anlagephilosophie der Allerthal-Werke AG ist die Realisierung eines Ergebnisses oftmals von Faktoren abhängig, welche die Gesellschaft selbst nicht oder nur unwesentlich beeinflussen kann. Daher ist deren zeitlicher Anfall und erst Recht deren Höhe kaum zu prognostizieren. Erst im Laufe des Jahres, wenn Ergebnisse in einem größeren Umfang realisiert wurden, lassen sich belastbarere Aussagen über die Gewinnentwicklung im laufenden Jahr treffen. Dies kann aber dann für den konkreten Prognosezeitraum wiederum nur unter dem Vorbehalt gelten, dass für den Endpunkt dieses Prognosezeitraums sich das Abschreibungserfordernis bzw. das Zuschreibungserfordernis auf den Wertpapierbestand nicht wesentlich ändert.

Es ist nicht Politik der Allerthal-Werke AG, Ergebnisse zu realisieren, um in irgendeinem Zeitraum oder zu einem Zeitpunkt dieses oder jenes Ergebnis ausweisen zu können. Hingegen ist es die Politik der Gesellschaft, dass im Rahmen des Gesamtportfolios einzelne Positionen eine optimale Verwertung erfahren. Somit sind konkretere Prognosen zum jetzigen Zeitpunkt für das Jahr 2014 nicht möglich. Dies gilt erst recht für Zeiträume, die nach dem Ende des jetzt laufenden Geschäftsjahres liegen.

Vor dem Hintergrund, dass zukunftsgerichtete Aussagen stets basierend auf einer aktuellen Datenlage abgegeben werden, kann der Vorstand der Gesellschaft wegen vorher Gesagtem für die Jahre 2014 und 2015 zwar keine quantitative Prognose abgeben. Ziel der Gesellschaft kann es nur sein, wieder an die positive Ergebnisentwicklung der Jahre 2012 und 2013 anzuknüpfen und das bilanzielle Eigenkapital zum Ende des Geschäftsjahres mit einer überdurchschnittlichen Rendite im darauffolgenden Jahr zu verzinsen.

11. Wesentliche Vorgänge in 2014

Heute, am 24.02.2014, hat die Gesellschaft die Bereichsöffentlichkeit darüber informiert, dass die BÖAG Börsen AG, Hannover, mit Telefaxschreiben von heute mitgeteilt hat, dass auf Antrag des Vorstands der Gesellschaft die Zulassung der Aktien der Gesellschaft im regulierten Markt an der Börse Hannover mit Ablauf des 28.02.2014 widerrufen und die Preisfeststellung eingestellt werden wird. Des Weiteren hat die BÖAG Börsen AG mitgeteilt, dass die Notierung der Aktien der Gesellschaft ab dem 03.03.2014 an der Mittelstandsbörse Deutschland, einem Handelssegment innerhalb des Freiverkehrs der Börse Hannover, erfolgen wird.

Ansonsten sind wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung in der Unternehmenssphäre der Altherthal-Werke AG nach Abschluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Köln, den 24. Februar 2014



Alfred Schneider
Vorstand

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Allerthal-Werke AG, Köln

AKTIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		3,00	54,00
II. Sachanlagen			
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		7.134,50	9.040,50
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	236.733,65		227.589,85
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	13.383.732,23		10.753.016,16
3. Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen	<u>17.159,98</u>		<u>18.150,50</u>
		13.637.625,86	10.998.756,51
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
sonstige Vermögensgegenstände		126.764,18	94.261,09
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr Euro 2.090,74 (Euro 2.736,40)			
II. Wertpapiere			
sonstige Wertpapiere		3.036.110,29	3.274.340,28
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			
		184.673,24	1.197.593,33
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
		8.581,58	6.201,98
		<u>17.000.892,65</u>	<u>15.580.247,69</u>

Bilanz zum 31. Dezember 2013 Allerthal-Werke AG, Köln

PASSIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		1.200.000,00	1.200.000,00
II. Kapitalrücklage		3.806.130,18	3.806.130,18
III. Gewinnrücklagen			
gesetzliche Rücklage		109.664,80	109.664,80
IV. Bilanzgewinn		7.654.074,38	6.219.747,20
- davon Gewinnvortrag Euro 5.619.747,20 (Euro 4.776.995,01)			
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	317.493,00		359.532,00
2. sonstige Rückstellungen	<u>241.294,85</u>		<u>269.378,86</u>
		558.787,85	628.910,86
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.630.223,65		3.390.860,43
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 3.630.223,65 (Euro 3.390.860,43)			
2. sonstige Verbindlichkeiten	<u>42.011,79</u>		<u>224.934,22</u>
- davon aus Steuern Euro 10.035,02 (Euro 10.197,58)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 10,25 (Euro 10,19)			
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 42.011,79 (Euro 224.934,22)			
		3.672.235,44	3.615.794,65
		<u>17.000.892,65</u>	<u>15.580.247,69</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

vom 01.01.2013 bis 31.12.2013

Allerthal-Werke AG Köln

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Erträge aus Wertpapierverkäufen		2.044.296,82	1.020.689,11
2. Aufwendungen aus Wertpapierverkäufen		92.387,82-	4.605,58-
3. sonstige betriebliche Erträge		529.207,32	1.244.998,88
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	341.599,61-		382.832,31-
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>18.955,81-</u>		<u>44.570,75-</u>
- davon für Altersversorgung Euro -518,12 (Euro -25.635,03)		360.555,42-	427.403,06-
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		4.782,84-	5.065,85-
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		281.670,53-	429.321,13-
7. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		354.801,25	333.596,23
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		95.640,43	32.376,29
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		169.650,13-	207.044,85-
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>80.571,90-</u>	<u>114.743,85-</u>
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		2.034.327,18	1.443.476,19
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,00	724,00-
13. Jahresüberschuß		<u>2.034.327,18</u>	<u>1.442.752,19</u>
14. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		<u>5.619.747,20</u>	<u>4.776.995,01</u>
15. Bilanzgewinn		<u><u>7.654.074,38</u></u>	<u><u>6.219.747,20</u></u>

Anhang
zum 31.12.2013

der
ALLERTHAL-WERKE AKTIENGESELLSCHAFT

Köln

Inhaltsverzeichnis

<u>1. Angaben und Erläuterungen zu Bestandteilen der Form, insbesondere der Gliederung des Jahresabschlusses</u>	24
<u>2. Angaben zur Bewertung und Bilanzierung</u>	24
<u>3. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz</u>	25
<u>3.1 Einzelposten des Anlagevermögens</u>	25
<u>3.2 Angaben zum Kapital</u>	28
<u>3.2.1 Zusammensetzung des Kapitals</u>	28
<u>3.2.2 Bedingtes Kapital</u>	28
<u>3.2.3 Genehmigtes Kapital</u>	28
<u>3.2.4 Bilanzgewinn</u>	28
<u>3.3 Angaben zu den Rückstellungen</u>	28
<u>3.3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen</u>	28
<u>3.3.2 Sonstige Rückstellungen</u>	29
<u>3.4. Verbindlichkeiten</u>	29
<u>3.5. Sonstige finanzielle Verpflichtungen</u>	29
<u>4. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung</u>	29
<u>4.1 Aufgliederung der Wertpapiererträge und sonstigen betrieblichen Erträge nach Tätigkeitsbereichen</u>	29
<u>4.2 Außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen</u>	30
<u>4.3 Aufzinsungsaufwendungen</u>	30
<u>4.4 Steueraufwand</u>	30
<u>5. Angaben zu Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel</u>	30
<u>5.1 Kapitalflussrechnung</u>	30
<u>5.2 Eigenkapitalpiegel</u>	30
<u>6. Sonstige Angaben</u>	30
<u>6.1 Angaben zu den Unternehmensorganen</u>	30
<u>6.2 Beteiligungen</u>	31
<u>6.3 Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer</u>	31
<u>6.4 Bestehen von Beteiligungen</u>	32

<u>6.5 Angaben zum Abschlussprüfer</u>	33
<u>6.6 Latente Steuern</u>	33
<u>6.7 Corporate Governance Kodex</u>	33

1. Angaben und Erläuterungen zu Bestandteilen der Form, insbesondere der Gliederung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss wurde unter Berücksichtigung der Gliederungsvorschriften des § 266 HGB für große Kapitalgesellschaften aufgestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde gemäß § 275 Abs. 2 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden die Erträge aus Wertpapierverkäufen in den Posten Nr. 1 (Erträge aus Wertpapierverkäufen) und Nr. 2 (Aufwendungen aus Wertpapierverkäufen) zusammengefasst. Diese Posten enthalten sowohl die Gewinne/Verluste aus Verkäufen von Wertpapieren des Anlagevermögens als auch diejenigen aus Verkäufen von Wertpapieren des Umlaufvermögens. Anders als in Vorjahren haben wir jedoch die Erträge und Aufwendungen zur transparenteren Darstellung nicht mehr in einem einzigen Posten zusammengefasst, sondern gesondert ausgewiesen; die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst. Wir halten diese Darstellung für erforderlich, um unsere Geschäftstätigkeit zutreffender darstellen zu können.

Der Jahresabschluss wird in Euro (€) aufgestellt.

2. Angaben zur Bewertung und Bilanzierung

Die Vermögensgegenstände und Schulden sind zum Abschlussstichtag einzeln bewertet worden.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert. Die planmäßigen Abschreibungen wurden unter Zugrundelegung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear vorgenommen.

Die Beteiligungen und die Wertpapiere des Anlage- bzw. Umlaufvermögens wurden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten bewertet; soweit für deren Ermittlung eine Verbrauchsfolge zu unterstellen war, wurde nach der Durchschnittskostenmethode bewertet. Soweit die Kurswerte unter die Anschaffungskosten gefallen sind, wurden jedoch entsprechende Abwertungen nach § 253 Abs. 3 und 4 HGB vorgenommen. Bei wieder gestiegenen Kursen wurden zur Wertaufholung Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 HGB durchgeführt; die Obergrenze der Zuschreibungen liegt bei den ursprünglichen Anschaffungskosten.

Die Beteiligungen und die Wertpapiere sind an die finanzierenden Kreditinstitute verpfändet.

In den Finanzanlagen sind „primäre“ Nachbesserungsrechte enthalten. Sie sind aus von der Gesellschaft gehaltenen Aktienbeständen des Anlagevermögens im Rahmen von Squeeze-out Verfahren entstanden bzw. im Rahmen von Unternehmensverträgen angedient worden. Die Gesellschaft erwartet bei den mit Erinnerungswerten von je 1,00 Euro aktivierten Rechten eine Nachbesserung auf die bisher gezahlten Abfindungen. Es handelt sich um mehrere Rechte von verschiedenen Gesellschaften.

Sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalwert oder dem niedrigeren Barwert ausgewiesen. Erkennbare Einzelrisiken waren nicht vorhanden, Wertberichtigungen waren daher nicht vorzunehmen. Das in den sonstigen Vermögensgegenständen enthaltene ratierlich zu tilgende Körperschaftsteuerguthaben nach § 37 KStG wurde mit seinem Barwert bewertet.

Die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert angesetzt.

Die Pensionsrückstellung in Höhe von TEUR 317 ist auf der Grundlage eines von der AON Hewitt GmbH, Mülheim an der Ruhr, erstellten versicherungsmathematischen Gutachtens nach den Vorschriften des HGB ermittelt und in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags bewertet worden.

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden Marktzinssatz abgezinst.

Die Verbindlichkeiten sind zu ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

3. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz

3.1 Einzelposten des Anlagevermögens

Die Entwicklung des Anlagevermögens sowie die Abschreibungen des Geschäftsjahres für die Einzelposten des Anlagevermögens ergeben sich aus dem nachfolgenden Anlagenspiegel.

Anschaffungskosten

	01.01.2013 Euro	Umbuchung Euro	Zugang Euro	Abgang Euro	31.12.2013 Euro
I. Immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	5.731,99				5.731,99
Summe immaterielle Vermögensgegenstände	5.731,99	0,00	0,00	0,00	5.731,99
II. Sachanlagen andere Anl., Betriebs- und Geschäfts- ausst.	45.595,15		2.825,84	0,00	48.420,99
Summe Sachanlagen	45.595,15	0,00	2.825,84	0,00	48.420,99
III. Finanzanlagen					
1. Beteiligungen	227.589,85		24.143,80	15.000,00	236.733,65
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	12.156.742,25		8.581.553,27	6.904.555,86	13.833.739,66
3. Rückdeckungsansprüche	18.150,50			990,52	17.159,98
Summe Finanzanlagen	12.402.482,60	0,00	8.605.697,07	6.920.546,38	14.087.633,29
Anlagevermögen insgesamt	12.453.809,74	0,00	8.608.522,91	6.920.546,38	14.141.786,27

Aufgelaufene Abschreibungen**Buchwerte**

01.01.2013	Umbuchung	Zuschreibung	Zugang	Abgang	31.12.2013	31.12.2013	31.12.2012
Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
5.677,99			51,00		5.728,99	3,00	54,00
5.677,99	0,00	0,00	51,00	0,00	5.728,99	3,00	54,00
36.554,65			4.731,84		41.286,49	7.134,50	9.040,50
36.554,65	0,00	0,00	4.731,84	0,00	41.286,49	7.134,50	9.040,50
0,00					0,00	236.733,65	227.589,85
1.403.726,09		79.876,41	167.238,12	1.041.080,37	450.007,43	13.383.732,23	10.753.016,16
0,00					0,00	17.159,98	18.150,50
1.403.726,09	0,00	79.876,41	167.238,12	1.041.080,37	450.007,43	13.637.625,86	10.998.756,51
1.445.958,73	0,00	79.876,41	172.020,96	1.041.080,37	497.022,91	13.644.763,36	11.007.851,01

3.2 Angaben zum Kapital

3.2.1 Zusammensetzung des Kapitals

Das Grundkapital beträgt Euro 1.200.000,00. Es ist eingeteilt in 1.200.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien.

3.2.2 Bedingtes Kapital

Das bedingte Kapital beträgt Euro 548.324,00.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden 548.324 Optionsscheine auf den Bezug von gleichlautend viele Aktien der Gesellschaft ausgegeben. Nach näherer Maßgabe der Optionsbedingungen konnten Inhaber der Optionsscheine bis zum 15.09.2011 Aktien der Gesellschaft mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital in Höhe von Euro 1,00 je Aktie gegen Zahlung eines Ausübungspreises von Euro 20,00 beziehen. Der Vorstand hat mit Zustimmung des Aufsichtsrats und der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 28. Juni 2010 die Optionsfrist um drei weitere Jahre bis zum 15. September 2014 verlängert.

3.2.3 Genehmigtes Kapital

Ferner wurde der Vorstand durch Hauptversammlungsbeschluss vom 25.06.2009 ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 24. Juni 2014 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe von bis zu insgesamt 548.324 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien einmal oder mehrmals gegen Bar- und/oder Sacheinlage um bis zu Euro 548.324,00 zu erhöhen. Auf dieser Grundlage wurde das Grundkapital im Geschäftsjahr 2012 um Euro 103.352,00 durch Ausgabe von 103.352 neuen, auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien erhöht. Das verbleibende genehmigte Kapital umfasst am Abschlussstichtag Euro 444.972,00.

3.2.4 Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn entwickelte sich wie folgt:

	<u>Euro</u>
Gewinnvortrag zum 31. Dezember 2012	6.219.747,20
./. Dividende im Geschäftsjahr 2012	<u>./. 600.000,00</u>
Gewinnvortrag	5.619.747,20
+ Jahresüberschuss Geschäftsjahr 2013	<u>2.034.327,18</u>
Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2013	<u>7.654.074,38</u>

Einstellungen in oder Entnahmen aus Gewinnrücklagen wurden nicht vorgenommen.

3.3. Angaben zu den Rückstellungen

3.3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Bewertung der Pensionsrückstellung erfolgte in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags (§ 253 Abs. 1 Satz 2 HGB). Die Bildung der Pensionsrückstellung erfolgte auf Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens.

Als versicherungsmathematisches Bewertungsverfahren wurde das Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC-Methode analog den Vorschriften des IAS 19) angewandt. Zur Ermittlung des Anwartschaftsbarwerts per 31.12.2013 wurde der durchschnittliche Marktzinssatz von 4,89% bei einer pauschalen Restlaufzeit von 15 Jahren entsprechend dem Wahlrecht gem. § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB zugrunde gelegt. Bei der Berechnung wurden als biometrische Rechnungsgrundlagen die Sterbetafeln RT 2005 G sowie als weitere Parameter ein Rententrend von 2,00% und die übrigen relevanten Trends mit 0,00% angenommen.

3.3.2 Sonstige Rückstellungen

Für das Vorstandsmitglied wurde eine Rückstellung für Tantieme in Höhe von TEUR 107 gebildet.

Für Beratungskosten, insbesondere im Zusammenhang mit aktiv geführten Prozessen, bei denen die Allerthal-Werke AG nicht Beklagte ist, ist ein Betrag von TEUR 59 zurückgestellt.

Es handelt sich ferner um Rückstellungen für Aufsichtsratsvergütungen, Tantieme Mitarbeiter, Aufbewahrung/Archivierung, Kosten des Jahresabschlusses sowie für ausstehende Eingangsrechnungen.

3.4 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen gegenüber Kreditinstituten. Die Angaben zur Restlaufzeit und zur Besicherung sind dem nachfolgenden Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen:

Verbindlichk.	Restlaufzeit	1-5 Jahre	über 5 Jahre	gesamt	gesichert
	bis 1 Jahr				
	€	€	€	€	€
gegenüber Kreditinstituten	3.130.223,65	500.000,00	0,00	3.630.223,65	3.630.223,65
Sonstige	42.011,79	0,00	0,00	42.011,79	2.175,00
Summe	3.172.235,44	500.000,00	0,00	3.672.235,44	3.632.398,65

Die Sicherung der Verbindlichkeiten erfolgte durch Abtretung von in Wertpapierdepots gehaltenen Beteiligungen und Wertpapieren des Anlage- und Umlaufvermögens sowie von Bankguthaben bei den finanzierenden Kreditinstituten.

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind in Höhe von TEUR 2 gleichzeitig solche gegenüber Kreditinstituten.

3.5 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen beträgt TEUR 111 inklusive Umsatzsteuer. Der Ausweis beinhaltet insbesondere TEUR 96 für Büromiete bis zum Ende der vertraglichen Grundlaufzeit.

4. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

4.1 Aufgliederung der Wertpapiererträge und sonstigen betrieblichen Erträge nach Tätigkeitsbereichen

Die Wertpapiergewinne wurden mit TEUR 8 aus dem Verkauf von Anteilen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und mit TEUR 1.753 aus Verkäufen von sonstigen Wertpapieren des Anlagevermögens sowie mit TEUR 283 aus Verkäufen von Wertpapieren des Umlaufvermögens erzielt.

Die Wertpapierverluste wurden mit TEUR -92 aus Verkäufen von sonstigen Wertpapieren des Anlagevermögens realisiert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge bestehen im Wesentlichen aus Erträgen aus Zuschreibungen auf Finanzanlagen (TEUR 80) und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens (TEUR 391). Sie enthalten aperiodische Erträge in Höhe von TEUR 18.

4.2 Außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen

Abschreibungen auf Wertpapiere sind immer außerplanmäßig, da für Wertpapiere keine „planmäßigen“ Abschreibungen vorgenommen werden.

In der GuV-Position Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens sind TEUR 170 (Vj.: TEUR 207) für außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen ausgewiesen. Nach unserer Einschätzung sind die Wertminderungen voraussichtlich nicht von Dauer.

4.3 Aufzinsungsaufwendungen

In dem Posten Zinsen und ähnliche Aufwendungen sind Aufzinsungsaufwendungen zu Rückstellungen in Höhe von Euro 16.607,00 (Vj.: Euro 17.672,00) enthalten.

4.4 Steueraufwand

Auf Basis des handelsbilanziellen Ergebnisses und vor dem Hintergrund der Regelungen des § 8b KStG in seiner am Bilanzstichtag gültigen Fassung ist der zu erwartende Steueraufwand (Euro 0,00) mit dem in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Steueraufwand identisch.

5. Angaben zu Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel

5.1 Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung ist dem Jahresabschluss beigelegt. Als Finanzmittelfonds wird der Bilanzposten „Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks“ verwendet.

5.2 Eigenkapitalpiegel

Der Eigenkapitalpiegel ist dem Jahresabschluss beigelegt. Der Betrag, der am Bilanzstichtag den Aktionären für Ausschüttungen zur Verfügung steht, beträgt Euro 7.654.074,38. Daneben bestehen Eigenkapitalteile, die gesetzlich ausschüttungsgesperrt sind in Höhe von Euro 3.915.794,98.

6. Sonstige Angaben

6.1 Angaben zu den Unternehmensorganen

Vorstand:

Dipl.-Kfm. Alfred Schneider, Kaufmann, Köln

Herr Schneider erhält für das Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von Euro 253.975,67, darin enthalten sind ein erfolgsunabhängiger Teilbetrag von Euro 146.905,82 und eine erfolgsabhängige Tantieme in Höhe von Euro 107.069,85, die in den Rückstellungen erfasst wurde.

Die Gesamtbezüge des aktiven Vorstands betragen somit Euro 253.975,67.

An frühere Mitglieder des Vorstands wurden Pensionen in Höhe von Euro 29.554,44 gezahlt. Die Pensionsrückstellung für diese Verpflichtung beträgt zum 31.12.2012 Euro 199.980,00.

Aufsichtsrat:

Markus Linnerz, Rechtsanwalt, Bonn (Vorsitzender)

Karl-Heinz Berchter, Unternehmensberater, Düsseldorf (stellvertretender Vorsitzender)

Rolf Hauschildt, Kaufmann, Düsseldorf

Angaben zu weiteren Aufsichtsratsmandaten:

Herr Linnerz:

keine weiteren

Herr Berchter ist außerdem:

Vorsitzender des Aufsichtsrats der Franz Röhrig Wertpapierhandelsgesellschaft AG, Frankfurt am Main

Vorsitzender des Aufsichtsrats der Wohnungsgesellschaft des Rheinischen Handwerks AG, Köln

stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der RM Rheiner Management AG, Köln

Mitglied des Aufsichtsrats der Esterer AG, Altötting

Herr Hauschildt ist außerdem:

Vorsitzender des Aufsichtsrats der GERMANIA-EPE AG, Gronau

Vorsitzender des Aufsichtsrats der ProAktiva Vermögensverwaltung AG, Hamburg

stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Solventis AG, Frankfurt

stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Scherzer & Co. AG, Köln

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats belaufen sich auf Euro 23.450,00.

6.2 Beteiligungen

RM Rheiner Management AG, Köln

Der Anteilsbesitz umfasst 67.123 von 220.000 Aktien bzw. 30,51%. Der geprüfte Jahresabschluss 2012 weist ein buchmäßiges Eigenkapital von Euro 2.849.152,31 aus, der Jahresfehlbetrag 2012 beträgt Euro -101.417,94. Der Jahresabschluss 2013 liegt noch nicht vor.

Esterer AG, Altötting

Der Anteilsbesitz umfasst 13.340 von 16.500 Aktien, bzw. 80,85%. Der geprüfte Jahresabschluss 2012 weist ein buchmäßiges Eigenkapital von Euro 3.231.531,16 aus, der Jahresüberschuss 2012 beträgt Euro 176.093,37. Der Jahresabschluss 2013 liegt noch nicht vor.

6.3 Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer

Die Firma beschäftigte im Geschäftsjahr zwei Angestellte.

6.4 Bestehen von Beteiligungen

Die A & B Vermögensverwaltung GmbH, Düsseldorf, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 01.02.2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Allerthal-Werke AG, Köln, Deutschland am 08.01.2013 die Schwelle von 25% der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 26,25% (das entspricht 315.000 Stimmrechten) betragen hat.

Frau Andrea Hauschildt, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 01.02.2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Allerthal-Werke AG, Köln, Deutschland am 08.01.2013 die Schwelle von 25% der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 27,92% (das entspricht 335.000 Stimmrechten) betragen hat. 26,25% der Stimmrechte (das entspricht 315.000 Stimmrechten) sind Frau Hauschildt gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der A & B Vermögensverwaltung GmbH zuzurechnen.

Herr Bert Hauschildt, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 01.02.2013 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Allerthal-Werke AG, Köln, Deutschland am 08.01.2013 die Schwelle von 25% der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 27,92% (das entspricht 335.000 Stimmrechten) betragen hat. 26,25% der Stimmrechte (das entspricht 315.000 Stimmrechten) sind Herrn Hauschildt gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der A & B Vermögensverwaltung GmbH zuzurechnen.

Herr Veit Paas, Schweiz hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 14.01.2013 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Allerthal-Werke AG, Köln, Deutschland am 08.01.2013 die Schwelle von 15%, 10%, 5% und 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0,21% (das entspricht 2.575 Stimmrechten) betragen hat.

Am 15.01.2013 hat uns die Scherzer & Co. AG, Friesenstraße 50, 50670 Köln, Deutschland, gem. § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sie am 11.01.2013 durch Aktien die Schwelle von 20% der Stimmrechte an der Allerthal-Werke AG, Friesenstraße 50, 50670 Köln, Deutschland, überschritten hat und zu diesem Zeitpunkt der Stimmrechtsanteil nunmehr 24,9995% (299.994 Stimmrechte) beträgt.

Herr Wilhelm Konrad Thomas Zours, Deutschland, hat uns am 14.01.2013 nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an unserer Gesellschaft am 11.01.2013 die Schwellen von 20%, 15%, 10%, 5% und 3% unterschritten hat und zu diesem Tag 0,0% (0 Stimmrechte) beträgt.

Die Delphi Unternehmensberatung Aktiengesellschaft, Heidelberg, Deutschland, hat uns am 14.01.2013 nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an unserer Gesellschaft am 11.01.2013 die Schwellen von 20%, 15%, 10%, 5% und 3% unterschritten hat und zu diesem Tag 0,0% (0 Stimmrechte) beträgt.

Die VV Beteiligungen Aktiengesellschaft, Heidelberg, Deutschland, hat uns am 14.01.2013 nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an unserer Gesellschaft am 11.01.2013 die Schwellen von 20%, 15%, 10%, 5% und 3% unterschritten hat und zu diesem Tag 0,0% (0 Stimmrechte) beträgt.

Die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft, Heidelberg, Deutschland, hat uns am 14.01.2013 nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an unserer Gesellschaft am 11.01.2013 die Schwellen von 20%, 15%, 10%, 5% und 3% unterschritten hat und zu diesem Tag 0,0% (0 Stimmrechte) beträgt.

Herr Alfred Schneider, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 14.01.2013 mitgeteilt, dass er am 11.01.2013 durch Aktien die Schwelle von 3% der Stimmrechte an der Allerthal-Werke AG, Köln, Deutschland, überschritten hat und zu diesem Zeitpunkt sein Stimmrechtsanteil nunmehr 3,26% (39.143 Stimmrechte) beträgt.

6.5 Angaben zum Abschlussprüfer

Das für das Geschäftsjahr als Aufwand gebuchte Honorar des Abschlussprüfers setzt sich wie folgt zusammen:

a) für Abschlussprüfungsleistungen	Euro	21.539,00
b) für Steuerberatungsleistungen	Euro	5.647,61
c) für sonstige Leistungen	Euro	0,00
Summe	<u>Euro</u>	<u>27.186,61</u>

6.6 Latente Steuern

Aus der unterschiedlichen Bewertung der Pensionsrückstellungen in der Handelsbilanz (Euro 317.493,00) und Steuerbilanz (Euro 273.909,00) ergibt sich bei einem angenommenen Unternehmenssteuersatz von 30% eine aktive Steuerlatenz von 13.075,20 Euro. Weiterhin bestehen steuerliche Verlustvorträge, die dem Grunde nach zu aktiven Steuerlatenzen führen können. Aufgrund der Regelungen des § 8b KStG wird die Gesellschaft bei gleich bleibender Unternehmenspolitik jedoch auch in Zukunft mit keinen Ertragssteuern belastet sein, die durch die genannten Steuerlatenzen entlastet werden könnten. Mithin besteht zum Bilanzstichtag keine werthaltige aktive Steuerlatenz.

6.7 Corporate Governance Kodex

Die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung wurde abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht. Sie kann im Internet unter www.allerthal.de eingesehen werden.

Köln, den 24. Februar 2014

- Der Vorstand –

Versicherung nach § 264 Abs. 2 Satz 3 HGB und § 289 Abs. 1 Satz 5 HGB

Der Vorstand der Allerthal-Werke AG versichert nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Köln, den 24. Februar 2014

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Schneider', written in a cursive style.

Alfred Schneider

Vorstand der Allerthal-Werke AG

Kapitalflussrechnung vom 01.01.2013 bis 31.12.2013

	2013	2012
+ Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	2.034.327,18 €	1.442.752,19 €
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Sachanlagevermögens	4.782,84 €	5.065,85 €
+ Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	169.650,13 €	207.044,85 €
- Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	-471.202,00 €	-1.152.670,21 €
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen (ohne Steuern)	-70.123,01 €	147.444,86 €
+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/ Erträge	0,00 €	0,00 €
+/- Verluste/Gewinne aus Wertpapieren des Anlagevermögens und Umlaufvermögens	-1.951.909,00 €	-1.016.083,53 €
+/- Verluste/Gewinne aus dem Abgang von Sachanlagen	0,00 €	3,50 €
-/+ Veränderung der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva (ohne Wertpapiere), die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-34.882,69 €	124.029,66 €
+/- Veränderung der Sonstigen Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-182.922,43 €	-42.306,20 €
= Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-502.278,98 €	-284.719,03 €
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,00 €	0,00 €
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-2.825,84 €	-1.705,35 €
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0,00 €	0,00 €
+ Einzahlungen aus Abgängen Finanzanlagen und Wertpapieren des Umlaufvermögens	8.832.129,58 €	4.121.969,38 €
- Auszahlungen für Investitionen in Finanzanlagen und Wertpapieren des Umlaufvermögens	-8.979.308,07 €	-3.279.806,25 €
= Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-150.004,33 €	840.457,78 €
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,00 €	981.844,00 €
- Dividendenauszahlungen an Aktionäre	-600.000,00 €	-548.324,00 €
- Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	-660.662,08 €	-1.601.682,79 €
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	900.025,30 €	1.284.047,25 €
= Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit	-360.636,78 €	115.884,46 €
Fondänderungsnachweis		
+/- Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	-502.278,98 €	-284.719,03 €
+/- Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-150.004,33 €	840.457,78 €
+/- Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-360.636,78 €	115.884,46 €
+/- Zahlungsunwirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	0,00 €	0,00 €
= Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	-1.012.920,09 €	671.623,21 €
+ Finanzmittelbestand zu Beginn des Geschäftsjahres	1.197.593,33 €	525.970,12 €
+/- Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	-1.012.920,09 €	671.623,21 €
= Finanzmittelbestand am Ende des Geschäftsjahres	184.673,24 €	1.197.593,33 €

Eigenkapitalspiegel zum 31.12.2013 der Allerthal-Werke AG, Köln

	gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	gesetzliche Rücklage	Bilanzgewinn	Summe
Stand 01.01.2013	1.200.000,00 €	3.806.130,18 €	109.664,80 €	6.219.747,20 €	11.335.542,18 €
Dividendenzahlung				-600.000,00 €	-600.000,00 €
Jahresüberschuss				2.034.327,18 €	2.034.327,18 €
Stand 31.12.2013	1.200.000,00 €	3.806.130,18 €	109.664,80 €	7.654.074,38 €	12.769.869,36 €

	gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	gesetzliche Rücklage	Bilanzgewinn	Summe
Stand 01.01.2012	1.096.648,00 €	2.927.638,18 €	109.664,80 €	5.325.319,01 €	9.459.269,99 €
Dividendenzahlung				-548.324,00 €	-548.324,00 €
Barkapitalerhöhung	103.352,00 €	878.492,00 €			981.844,00 €
Jahresüberschuss				1.442.752,19 €	1.442.752,19 €
Stand 31.12.2012	1.200.000,00 €	3.806.130,18 €	109.664,80 €	6.219.747,20 €	11.335.542,18 €

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Allerthal-Werke AG, Köln für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des gesetzlichen Vertreters der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des gesetzlichen Vertreters sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Köln, den 24. Februar 2014

Formhals

Revisions- und Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Harald Formhals
Wirtschaftsprüfer

Übersicht zur Entwicklung des Andienungsvolumens^{*)}

Geschäftsjahr	Bestand zu Beginn des Gj. in TEUR	Zugänge Gj. in TEUR	Abgänge Gj. in TEUR	Bestand am Ende des Gj. in TEUR
2006	10.054	4.624	-372	14.306
2007	14.306	13.710	-73	27.943
2008	27.943	10.545	-2.133	36.355
2009	36.355	3.771	-118	40.008
2010	40.008	1.582	-775	40.815
2011	40.815	981	-1.265	40.531
2012	40.531	126	-1.511	39.145
2013	39.145	4.049	-769	42.425

^{*)} Das Andienungsvolumen wird abgebildet durch das Produkt aus der von der Strukturmaßnahme betroffenen Anzahl von Aktien und der vom Hauptgesellschafter zunächst à-conto gewährten Abfindung. Bei Verschmelzungen tritt an die Stelle des vom Hauptgesellschafter gewährten Preises der letzte verfügbare Börsenkurs. Ein Zugang wird gebucht, wenn ein Spruchverfahren zur Überprüfung der Angemessenheit der Abfindung eingeleitet worden ist. Ein Abgang wird gebucht, wenn dieses Verfahren rechtskräftig abgeschlossen wurde. Dazwischen liegt meist ein Zeitraum von mehreren Jahren. Fünf bis sieben Jahre Verfahrensdauer sind durchaus keine Seltenheit.

Auswertung der erhaltenen Nachbesserungen

In der Vergangenheit konnte die Allerthal-Werke AG nach dem Abschluss von Spruchverfahren Nachbesserungen wie folgt vereinnahmen:

Geschäftsjahr	Gesellschaft bzw. Maßnahme	Andienungsvolumen in TEUR	erhaltene Nachbesserung einschl. Zinsen in TEUR	in % bezogen auf Andienungsvolumen
2006	Thüga ⁽¹⁾	372	28	8%
2007	Buderus ⁽¹⁾	73	31	42%
2008	FAG ⁽²⁾	1.979	628	32%
2008	DSL-Holding ⁽¹⁾	154	0	0%
2009	DUEWAG ⁽²⁾	118	146	123%
2010	Cycos AG ⁽²⁾	329	48	15%
2010	t-online ⁽³⁾	446	81	18%
2011	Eurohypo AG ⁽²⁾	316	0	0%
2011	DBV – Winterthur ⁽²⁾	709	0	0%
2011	Kolbenschmidt ⁽¹⁾	240	0	0%
2012	Vereins- und Westbank AG ⁽¹⁾	400	0	0%
2012	DBV-Winterthur Holding AG	882	0	0%
2012	div. andere ⁽¹⁾ u. ⁽²⁾	229	1	0%
2013	Hoechst AG ⁽¹⁾	766	0	0%
2013	div. andere ⁽¹⁾	3	0,5	17%
Summe/gew. Mittel		7.016	963	14%

Maßnahme: (1) = Squeeze-out, (2) = Unternehmensvertrag, (3) = Verschmelzung

^{**) Der Zinsanteil beträgt TEUR 190.}

Wichtiger Hinweis: Die in der Vergangenheit erzielten Nachbesserungen und die o.g. Ergebniszahlen können – insbesondere aufgrund der Besonderheiten jedes Einzelfalls – auf laufende bzw. zukünftige Verfahren nicht übertragen werden.

Herausgeber

Allerthal-Werke Aktiengesellschaft
Köln

Friesenstraße 50
50670 Köln
Telefon (02 21) 8 20 32 - 0
Telefax (02 21) 8 20 32 - 30

Internet: www.allerthal.de
E-Mail: info@allerthal.de

Vorstand: Alfred Schneider
Vorsitzender des Aufsichtsrats: Markus Linnerz

Sitz der Gesellschaft: Köln
HRB 66 9 88, Amtsgericht Köln